



Zukunftsforderungen

Akut versetzungsgefährdet – wer Bildung nur verwaltet, verliert die Zukunft!

Bildungspolitik ist Zukunftspolitik! Dennoch sind wir als Schüler:innen tagtäglich mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Angefangen bei fehlender Chancengerechtigkeit über marode Schulgebäude und ein veraltetes Bildungssystem ist festzustellen, dass die Schule von heute nicht für die Zukunft gewappnet ist.

Angesichts der wachsenden Herausforderungen ist es unausweichlich, dass es jetzt klare Reformen braucht, um alle Schüler:innen mitzunehmen und zu demokratischen und mündigen Mitgliedern unserer Gesellschaft zu befähigen. Bildung muss sich stärker nach der Schüler:innenschaft richten und darf diese nicht länger ignorieren. Denn Schule ist für uns Schüler:innen da!

Die folgenden Forderungen stellen die fünf wichtigsten Kernpunkte des Landeschülerausschusses Berlin dar, um das Berliner Bildungssystem mit all seinen Beteiligten auf die Ansprüche der Gegenwart sowie der Zukunft vorzubereiten.

1. Mehr Geld in Bildung!

Wir haben ein Recht auf gute Bildung! Dafür braucht es eine Priorisierung von Bildung im Haushalt. Dennoch bleibt der Bildungshaushalt nach wie vor weit hinter dem zurück, was für eine zukunftssichere und qualitativ hochwertige Bildung notwendig wäre. Wir erleben zunehmend Einsparungen in allen Bereichen, mit extremen Folgen. Statt zu wachsen, schrumpft der Bildungshaushalt immer weiter und die Qualität unserer Bildung nimmt drastisch ab.

Dabei wären große Investitionen nötig. Gebäude müssen saniert, teilweise überhaupt erst gebaut werden, es braucht digitale Ausstattung, mehr Stellen für Sozialarbeiter:innen, Personal für Schulpsychologie, zeitgemäße Lehr- und Lernmaterialien, ausreichende Mittel für außerschulische Projekte, kleinere Klassen, eine gute Schulverpflegung, zusätzliche Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, inklusive Strukturen, Unterstützungsangebote für Schüler:innen mit besonderem Förderbedarf, um nur eine Auswahl zu nennen. Doch statt über solche Maßnahmen zu diskutieren, wird die Finanzierung wichtiger Grundpfeiler wie beispielsweise der politischen Bildung, diverser Träger (z.B. der Schüler:innenhaushalt, die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus oder Urania Berlin), der kostenfreien Schüler:innentickets oder des kostenlosen Schulmittagessens für Berliner Grundschüler:innen in Frage gestellt und gefährdet nicht nur die Zukunft unserer Bildung, vielmehr zerstört sie das Fundament unseres Bildungssystems und dadurch auch die Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft.

Daher fordert der Landesschülerrausschuss, dass es keine weiteren Kürzungen im Bildungshaushalt des Landes Berlin gibt. Eine langfristige Erhöhung des Haushaltes sowie eine Bundesratsinitiative des Landes Berlin zur Reform der Schuldenbremse sind unerlässlich. Wer Einsparungen im Bereich der Bildung mit "Generationengerechtigkeit" begründet, verkennt, dass wir als Schüler:innen die größte Last zukünftiger gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen tragen werden. Bildung ist keine Belastung, sondern die Basis für unsere Zukunft - jede Kürzung entzieht den kommenden Generationen ihre Chance auf Teilhabe und Lebensperspektive.

2. Nur noch eine Schulform - Schluss mit der Bildungssegregation!

Das aktuelle Schulsystem verstärkt noch immer massive soziale Ungleichheiten. Der Bildungserfolg von Schüler:innen hängt maßgeblich von ihrem sozioökonomischen und/oder Migrationshintergrund ab. Deshalb verfestigt sich die frühe Aufteilung nach der Grundschule, die soziale Spaltung, statt sie zu überwinden. Gleichzeitig fehlt es vielen Schulen an Ausstattung und Ressourcen, um den Anforderungen modernen, inklusiven Lernens gerecht zu werden - insbesondere dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden!

Als Landesschülerrausschuss fordern wir die Abschaffung des mehrgliedrigen Bildungssystems und das Ersetzen in Form von Gemeinschaftsschulen als einzige Schulform. Gemeinschaftsschulen fördern individuelle Lernwege, soziale Integration und die Entwicklung einer solidarischen Schulkultur. Sie ermöglichen Teamarbeit, projektbasiertes Lernen und gute Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Abschlüssen. In einer einheitlichen Schulform, in der alle Schüler:innen gemeinsam, lang und voneinander lernen, entsteht eine Grundlage für eine zukunftsfähige und inklusive Schule für alle.

3. Noten und Hausaufgaben abschaffen - Lernen ohne Leistungsdruck!

Die Schule soll ein Ort des Lernens, der Entwicklung und der Entfaltung sein. Doch im schulischen Alltag wird diese Idee immer wieder überlagert - von Leistungsdruck, Vergleichbarkeit und einem System, das mehr auf Kontrolle als auf Förderung setzt. Noten und Hausaufgaben sind dabei zwei der zentralen Instrumente, die grundlegend überdacht werden müssen.

Hausaufgaben - ein Relikt aus der Vergangenheit!

Hausaufgaben sollen dazu dienen, das Gelernte zu vertiefen, eigenständiges Arbeiten zu fördern und den Unterrichtsstoff abzusichern. Doch diese Vorstellung hält weder einer

wissenschaftlichen Prüfung noch der Realität vieler Schüler:innen stand. Studien zeigen: Der pädagogische Nutzen von Hausaufgaben ist minimal – insbesondere, wenn sie nicht individuell auf den Lernstand abgestimmt sind. Vielmehr erzeugen sie Stress, Frust und Unmut. Sie greifen in die Freizeit ein, in eine Zeit, die Kinder und Jugendliche dringend für Erholung, Familie, soziale Kontakte oder einfach für sich selbst brauchen.

Hausaufgaben reproduzieren und verstärken soziale Ungleichheiten. Schüler:innen, die zu Hause Unterstützung bekommen und über einen ruhigen Arbeitsplatz und digitale Geräte verfügen, haben ganz andere Chancen als jene, denen das fehlt. Damit sind Hausaufgaben nicht Ausdruck von Leistung – sondern von Umständen. Und sie verfestigen ein Bildungssystem, das eben nicht allen dieselben Chancen bietet.

Darum fordert der LSA die Abschaffung jeglicher Hausaufgaben.

Noten – keine faire Rückmeldung

Auch die klassische Benotung reduziert Schüler:innen auf Zahlen – ohne dabei die individuellen Stärken, Entwicklungswege oder Lernbedingungen zu berücksichtigen. In der Praxis führt das zu Leistungsdruck, Konkurrenzdenken und Versagensängsten, ohne dabei wirkliche Vergleichbarkeit und Informationen zur Weiterentwicklung zu bieten.

Insbesondere in Fächern wie Sport, Kunst oder Musik zeigt sich, wie ungerecht und willkürlich dieses System sein kann. Bewertungstabellen haben nicht nur wenig mit der Realität zu tun, sie nehmen auch keinerlei Rücksicht auf individuelle Unterschiede wie gesundheitliche, körperliche oder psychische Voraussetzungen. Wir sehen es daher als notwendig, dass Noten als zentrales Bewertungssystem grundsätzlich hinterfragt und perspektivisch ersetzt werden. In der Primarstufe fordern wir die vollständige Abschaffung der Zensuren. Stattdessen sollen aussagekräftige, entwicklungsorientierte Rückmeldungen den Lernstand und das individuelle Potenzial jedes Kindes abbilden. In der Sekundarstufe I und II soll eine stufenweise Umstellung erfolgen – mit Ausnahme der Abschlussprüfungen, in denen eine bewertbare Qualifikation weiterhin notwendig ist. Eine moderne Leistungsbewertung muss der Vielfalt der Berliner Schülerschaft gerecht werden, mit Raum für individuelle Entwicklung, konstruktivem Feedback und einer Lernkultur, die nicht Angst macht, sondern ermutigt. Lernen gelingt am besten in einem Klima der Wertschätzung, nicht unter Druck.

4. Demokratie beginnt in der Schule – politische Bildung fördern!

Das Ziel von Schule ist es, Schüler:innen zu mündigen und demokratischen Bürger:innen zu befähigen. Trotzdem ist zunehmend zu beobachten, wie Schüler:innen menschenverachtende Narrative vertreten und im schulischen Umfeld ausleben. Die Sorge, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung innerhalb der Schüler:innenschaft hinterfragt oder gar abgelehnt wird, ist primär auf die unzureichende politische Bildung zurückzuführen. Zudem sorgen gegenwärtige Krisensituationen für eine Belastung von Schüler:innen, wie damit umgegangen werden soll, wenn die Schule nicht der Raum für Antworten oder Verständnis ist. Als Ergebnis bietet dies einen Nährboden für extremistische Positionen im sozialen Umfeld oder in sozialen Medien, welche von Schüler:innen aufgegriffen werden.

Deshalb ist die Schule als Ort der politischen Willensbildung gefragt. Aus diesem Grund fordern wir die Erhöhung der Stundentafel für den Politikunterricht auf zwei Stunden. Es bedarf des Weiteren einer inhaltlichen Überarbeitung des Rahmenlehrplans für das Schulfach Politik, um einen Aktualitätsbezug zu schaffen und Schüler:innen demokratische Prozesse näherzubringen. Dafür muss die Demokratie an Schulen spürbar sein! Verbindliche Schüler:innenvertretungen an allen Schularten, vor allem Grundschulen, und die finanzielle Stärkung von SV-Strukturen bieten ein Fundament, um außerhalb des Unterrichts auch praxisnah demokratische Prozesse zu erleben. Auch fordern wir die zuständige Senatsverwaltung für Bildung dazu auf, Lehrkräfte fächerübergreifend zu Fortbildungen im Umgang mit Krisensituationen zu verpflichten.

„Wir leben in schwierigen Zeiten!“ Das wird oft so gesagt, dennoch beobachten wir, dass die Schule Schüler:innen nicht abholt und viel zu oft vergisst. Früher oder später wird das Nichtstun Konsequenzen haben. Es muss sich etwas ändern!

5. Digitale Schule, jetzt!

In der Schule müssen Schüler:innen auf die Zukunft und somit auf eine digitale Welt vorbereitet werden. Als Landeschülerausschuss stellen wir fest, dass viele Schüler:innen genau diese zukunftsbestimmenden Fähigkeiten nicht besitzen. Von mangelndem Wissen über digitale Technologien oder Künstliche Intelligenz bis zum Umgang mit Fake News oder Hate Speech. In der Schule sowie außerschulisch wird all das nicht thematisiert, auch weil es an technischer Ausstattung an Schulen und didaktischen Konzepten zur Medienbildung fehlt. Zusätzlich sind viele Lehrkräfte extrem überfordert.

Deshalb fordert der Landeschülerausschuss eine systematische Förderung von Medienkompetenz an Schulen durch eine inhaltliche Erneuerung und Umsetzung des Rahmenlehrplans. Zusätzlich braucht es verpflichtenden ITG-Unterricht von der Jahrgangsstufe 7 bis 10. Dies ist nur möglich durch die verpflichtende Ausbildung und kontinuierliche Weiterbildung von Lehrkräften im Bereich digitaler Bildung. Um allen Schüler:innen digitale Teilhabe zu ermöglichen, braucht es eine kostenfreie und barrierearme Bereitstellung digitaler Endgeräte für alle sozial benachteiligten Schüler:innen. Zusätzlich müssen Schulen mit moderner IT-Infrastruktur ausgestattet werden, und offene, datenschutzfreundliche Softwarelösungen sollten Standard sein. Medienbildung muss über alle Jahrgänge hinweg fächerübergreifend gefördert werden – praxisnah, kritisch und mit Blick auf gesellschaftliche Entwicklungen wie Automatisierung, algorithmische Entscheidungsprozesse und digitale Diskriminierung.

Die Umsetzung unserer Forderungen muss entschlossen angegangen werden, denn klar ist:
Wer Bildung nur verwaltet, verliert die Zukunft!